



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,  
Arbeiterkammer-  
rat des GLB

## Bildung als Allheilmittel?

Beim jüngsten ÖGB-Kongress lautete ein in Diskussionen viel strapazierter Satz: „Die Arbeitnehmer dürfen nicht die Zechen für die Krise zahlen.“ Tatsächlich aber muss man die getätigten Aussagen vor dem aktuellen Hintergrund als Schönrederei bezeichnen. Denn in Wirklichkeit sind die arbeitenden Menschen trotz aller Maßnahmenpakete bereits jetzt die Zahler der Krise. Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und nicht zuletzt Lohnkürzungen lassen keinen Zweifel daran aufkommen.

In einer Podiumsdiskussion unter dem Motto „Raus aus der Krise – Mit uns, nicht gegen uns“ mit ÖGB-Präsident Erich Foglar und mehreren bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft wurde wiederholt betont, wie wichtig Bildung für das zukünftige Berufsleben der ÖsterreicherInnen sei.

Ich möchte dem Aspekt Bildung seine Bedeutung natürlich nicht absprechen. Trotzdem fallen mir einige Ungereimtheiten auf: Obwohl allen klar ist, wie teuer Arbeitslosigkeit ist, steigt sie. Und dabei gibt es zahlreiche Maturantinnen und Maturanten ohne Beschäftigung und viele Lehrlinge, die ihre Ausbildung mit Auszeichnung abgeschlossen haben und heute ohne Job dastehen. Da stellt sich für mich automatisch die Frage: Was ist den Verantwortlichen nun wichtiger: Bildung oder Profit? Auf meine diesbezügliche Wortmeldung kam vom Podium keine Reaktion.

Ihr Peter Scherz

### Wagna: Gedenken an NS-Opfer.

Unlängst wurde das „Wächterhaus“ von Helmut und Johanna Kandl in Wagna eröffnet. Das erste Mal seit 64 Jahren erinnert man damit in Aflenz an der Sulm an die Opfer der Außenstelle des KZ-Mauthausen. Das Wiener Künstlerpaar hat den ehemaligen Wachposten des Außenlagers zum Mahmal umfunktioniert. Außen dominiert das leuchtende „Wächterhaus“, innen geht es um Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart.



colourspace\_M.Auer

WARTEN HAT EIN ENDE

# ÖGB: Thema verfehlt!

Die ÖGB-Spitze hat einen neuen Präsidenten gewählt. Die brennenden Fragen, vor denen Beschäftigte stehen, wurden ausgeklammert.

Die Wahl von Erich Foglar zum Nachfolger von Rudolf Hundstorfer als ÖGB-Chef ist ebenso reibungslos verlaufen wie die Bestätigung des Leitanspruchs (neuerdings Grundsatzprogramm) durch sorgfältig ausgewählte Delegierte.

Die Forderungen des ÖGB beschränken sich auf fromme Wünsche an Regierung und Sozialpartner. Allerdings hat die ÖVP Forderungen nach Börsenumsatzsteuer, Vermögenszuwachssteuer usw. postwendend zurückgewiesen. Dafür wurde ohne Notwendigkeit die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aus dem Programm entfernt. Dieser Schritt wurde übrigens von Foglar in einer Vorausinterview ausgerechnet mit der „Presse“ angekündigt und vom Kampfblatt

der Wirtschaft entsprechend positiv kommentiert.

### Aufgabe der 35-Stunden-Woche

In einer Zeit der faktischen Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitsplatzauslagerung, Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit wäre die ÖGB-Spitze gut beraten, statt die 35 Stunden-Woche zu kassieren, den Schritt hin zur 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich zu wagen. Dass es Foglar und Kollegen jedoch am Mut zur Selbstkritik fehlt, um der Gewerkschaftsbewegung eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, geht daraus hervor, dass peinlich vermieden wurde, vor der eigene Tür zu kehren.

### Kämpferische Gegenwehr

Anders ist es nicht zu erklären, dass das Thema der seit rund 20 Jahren sinkenden Lohnquote, die den Anteil der unselbstständig Beschäftigten am volkswirtschaftlichen Reichtum darstellt, am Kongress keine zentrale Rolle gespielt hat.

Das ist insofern kein Wunder, als unter diesem Gesichtspunkt die Kosten der Sozialpartnerschaft durch massiven Reallohnverlust der Beschäftigten offenkundig geworden wäre. Bei klarer Darstellung dieser Entwicklung würde es allen Beteiligten wie Schuppen von den Augen fallen, dass in Zukunft die Rückkehr zu einer Lohnpolitik unerlässlich ist, die nicht nur die Inflation, sondern auch die stark gestiegene und nach wie vor steigende Produktivität einbezieht.

Mit Trostpflastern wie einer höheren Ersatzrate beim Arbeitslosengeld und der Einforderung der Mindestsicherung ist den ArbeiterInnen und Angestellten angesichts der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft ebenso wenig gedient wie mit dem vielfach beschworenen Festhalten an der Sozialpartnerschaft. Die weiter anhaltende neoliberale Offensive des Kapitals verlangt nach einer entschlossenen und kämpferischen Gegenwehr!

Lutz Holzinger